

Keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen! Für eine menschliche Flüchtlingspolitik ohne Rassismus!

Mainz, 20.06.2022

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag viele positive Veränderungen in der Flüchtlingspolitik in Aussicht gestellt, wie z.B. die Ausweitung des Bleiberechtes für langjährig geduldete Personen, Erleichterungen beim Familiennachzug oder der Zugang zu Integrationskursen für alle Geflüchteten. Mit dem Krieg in der Ukraine verschob sich der Fokus der Bundesregierung und der Öffentlichkeit von den geflüchteten Menschen, die bereits hier sind, auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine.

In den vergangenen Wochen wurden insbesondere für geflüchtete Ukrainer:innen viele Hürden abgebaut, um ihnen ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Wir begrüßen die bundesweiten Solidaritätsbekundungen und die große Hilfsbereitschaft, die ihnen entgegengebracht wird. Andererseits sehen wir mit zunehmender Sorge eine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Flüchtlingen aus anderen Herkunftsländern – sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Politik. Vieles von dem, was ein Paradigmenwechsel für alle Geflüchteten sein sollte, wurde seitdem durch Gesetzesänderungen ausschließlich für ukrainische Geflüchtete möglich gemacht. Durch diese Ungleichbehandlung ist eine Schieflage entstanden, die die Unterzeichnenden mit Beunruhigung beobachten. Denn das Recht auf Asyl ist ein universales Menschenrecht und muss für alle Schutzsuchenden gleichermaßen gelten! Die großzügige und unbürokratische Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten hat eines deutlich gemacht: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir würden uns wünschen, dass das für alle flüchtenden Menschen gilt.

1

Wir, die Unterzeichnenden, sind haupt- oder ehrenamtlich in der solidarischen Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz tätig. Wir gehören Organisationen oder Initiativen an oder sind Einzelpersonen. Wir sind selber geflohen oder leben schon unser Leben lang in Deutschland. Wir wohnen in großen Städten und in kleinen Kommunen. Und wir wollen die entstehenden Ungleichheiten nicht länger hinnehmen.

Die neue Bundesregierung versprach uns einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik, aber bisher merken wir davon nichts. Diesbezügliche Absichtsbekundungen im Koalitionsvertrag sind bislang genau das geblieben: Absichtserklärungen. Auf konkrete Veränderungen zugunsten aller Menschen, die vor Krieg, Folter und Verfolgung flohen, warten wir noch immer.

Wir appellieren daher an Sie als Landes- und Kommunalpolitiker:innen: Nutzen Sie Ihre Gestaltungsmöglichkeiten, um der Ungleichbehandlung von Flüchtlingen entgegenzuwirken! Sie haben es in der Hand, eine menschliche Flüchtlingspolitik für alle Schutzsuchenden zu gestalten.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- Rassismuskritisches Hinterfragen des eigenen Tuns, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit!
- Schaffung eines Landesaufnahmeprogramms!
- Zweckgebundene Verwendung der Mittel der Integrationspauschale mit entsprechendem Nachweis. Keine Konsolidierung des Haushaltes durch die Integrationspauschale!
- Serviceorientierung: Transparenz der Deutsch- und Integrationskurseangebote!
- Ausbau der psychosozialen Zentren und zeitnaher Zugang für alle Geflüchteten gleichermaßen!
- Internetseiten und Dokumente in gängige Herkunftssprachen übersetzen!
- Mehrsprachige Hotline für alle Geflüchtete einrichten!
- Unbefristete hauptamtliche Stellen als kommunale Pflichtaufgabe verankern und entsprechende Mittel zweckgebunden zur Verfügung stellen:
 - Integrationsmanager:innen als Ansprechpartner:innen für Geflüchtete und ehrenamtlich Engagierte!
 - Verbindliche aufsuchende Flüchtlingssozialarbeit für Asylbewerber:innen!
- Flächendeckende Sprachmittlung im Gesundheitswesen finanzieren und sicherstellen!
- Landesweite Standards in Sammelunterkünften einführen!
- Unterbringung in Einzelzimmern in den Erstaufnahmeeinrichtungen nach allgemeingültigen transparenten Regeln!

Unsere Forderungen an die Landkreise und kreisfreie Städte:

- Gesundheitsfürsorge:
 - Gleicher Zugang zur Gesundheitsfürsorge für alle Geflüchtete von Anfang an!
Elektronische Gesundheitskarte (eGK) für alle Geflüchtete!
 - Flächendeckende Sprachmittlung im Gesundheitswesen!

- Serviceorientierung:
 - Terminvergabe nach Dringlichkeit der Anfragen. Keine Priorisierung von einzelnen Nationalitäten!
 - Übersetzungen von Internetseiten und Dokumenten in gängige Herkunftssprachen!
 - Vereinfachte Antragsverfahren (Übersetzung in Landessprache, Rückporto) für alle Geflüchtete!
 - Respektvoller und höflicher Umgang mit allen Antragsteller:innen!

- Qualitätssicherung:
 - Verpflichtende interkulturelle und rassismuskritische Fortbildungen in Verwaltungen!
 - Rassismuskritisches Hinterfragen des eigenen Tuns, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit!

- Menschenwürdige Unterbringung:
 - Keine Bevorzugung einzelner Nationalitäten bei der Unterbringung!
 - Flächendeckende dezentrale Unterbringung!
 - Stabiles Internet in allen Sammelunterkünften!
 - Unabhängiges Beschwerdemanagement!

Unsere Forderungen an die Verbands- und Ortsgemeinden

- Serviceorientierung:
 - Respektvoller und höflicher Umgang mit allen Antragsteller:innen!
 - Terminvergabe nach Dringlichkeit der Anfragen. Keine Priorisierung von einzelnen Nationalitäten!

- Qualitätssicherung:
 - Rassismuskritisches Hinterfragen des eigenen Tuns, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit!
 - Keine Bevorzugung einzelner Nationalitäten bei der Unterbringung!
 - Aufnahme von Kindern in Kitas und Horte gemäß Dringlichkeit und Wartezeit. Transparenz herstellen! Keine Priorisierung von einzelnen Nationalitäten!
 - Wenn kostenlose Angebote, z. B. freier Eintritt in Schwimmbäder, Museen etc., dann für alle Leistungsempfänger:innen: Keine Selektion nach Nationalitäten!
 - Verpflichtende interkulturelle und rassismuskritische Fortbildungen in Verwaltungen!

- Lokale Migrations- und Integrationspolitik festigen und konzeptionell weiterentwickeln!

- Partizipative Erarbeitung und Umsetzung von Integrationskonzepten!

- Unbefristete hauptamtliche Stellen schaffen, z. B. Integrationsmanager:innen als Ansprechpartner:innen für Geflüchtete und ehrenamtlich Engagierte gleichermaßen!

- Bildung und Teilhabe-Leistungen auszahlen, keine Gutscheine!

Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V.
Leibnizstraße 47
55118 Mainz
Tel: 06131 / 4924734

civi kune RLP
Leibnizstraße 47
55118 Mainz
Tel: 06131 / 4924736

**Initiativausschuss für
Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz**
Albert-Schweitzer Straße 113-115
55128 Mainz
Tel.: 06131 / 2874453

Unterzeichnende Organisationen:

Beirat für Migration und Integration LK Bad Kreuznach

Bildungsnetzwerk Mainz e.V.

civi kune RLP

Fachkonferenz Asyl-Migration-Integration pastoraler Raum Maifeld-Untermosel

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP

KRT-Kleiner Runder Tisch für Geflüchtete in Gau-Bischofsheim

Soziales Netzwerk Koblenz e.V. (SNK)

Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz

Verein für Integration und Soziales Heidesheim/Wackernheim

Unterzeichnende Einzelpersonen:

Achim Meis, Leitung soziale Dienste Caritasverband Koblenz e.V.

Bernhard Günter, Verwaltung Erstorientierungskurse (EOK) Saarland

Carolin Hemmer, Projektkoordination Gewaltschutz in der AnKER-Einrichtung Lebach

Dr. Brigitte Schulz, 1. Vorsitzende Enkenbach-Alsenborner Tafel e.V.

Eva-Maria Hartmann, 1. Vorsitzende des Vereins für Integration und Soziales Heidesheim/Wackernheim

Jochen Grade, Vorsitzender Förderverein Flüchtlingshilfe Andernach e.V.

Malika Laabdallaoui, Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), Landesverband RLP

Martina Best-Liesenfeld, Caritasdirektorin

Valentina Insalata, Koordination Erstorientierungskurse (EOK) und Wegweiserkurse (WWK) Saarland

Vera Klaunzer, Café Asyl Ludwigshafen

Werner Huffer-Kilian, Fachkonferenz Asyl-Migration-Integration pastoraler Raum Maifeld-Untermosel

Wolfgang Schwarz, Leiter der sozialen Dienste, Caritasverband Koblenz e.V.

Angelika Wahl

Annika Kristeit

Charles Franck

Daniela Wied

Gisela Marx-Hasdenteufel

Hermann Lellmann

Luca Giongo

Monique Altlay

Okka Senst

Pierrette Onangolo

Susanne Thorn

Uwe Lieser

Viola Heipertz-Saoudi

Ann-Christin Bölder

Antoinette Malkewitz

Claudia Hahn

Dr. Klaus Kortmann

Gwendolyn Albrecht-Fuseini

Kurt Czora

Manfred Beuth SNK

Nina Gartenbach

Pater Wolfgang Jungheim

Rosemi Waubert de Puiseau

Torsten Jäger

Uwe Schu